

Religionsgemeinschaft heilsamer Weg e. V. i. G.
Felgenstraße 36a 63505 Langenselbold

An den
Internationaler Strafgerichtshof (ICC)
Oude Waalsdorperweg 10
2597 AK Den Haag, Niederlande

21. Februar 2017

Strafanzeige - Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verstoß gegen das Rom-Statut, vorab per Fax an 0031 (705)15 8336

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit erstatten wir indigene festgestellte Deutsche, geschützt durch unseren Glauben gemäß Artikel 4 GG, legitimiert durch das EStA-Register*, Strafanzeige gegen die am 03. Oktober 1990 amtierende Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, gemäß den §§ 263 StGB Betrug, § 266 StGB Untreue, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, § 7 Abs. (1) 4. VStGB Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgrund Gebietsvertreibung und arglistischer Täuschung gemäß den §§ 119 – 121 BGB Irrtum, Anfechtung, Anfechtungsfrist sowie den §§ 123, 124 BGB Täuschung und Anfechtungsfrist im Rechtsstand von 1990 sowie Verstoß gegen den § 242 BGB Treu und Glauben, bezüglich der letzten Bundestagswahl vor der sogenannten [Wiedervereinigung].

Sachverhalt:

Der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher erklärte am 03. Oktober 1990 dem seinerzeit amtierenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Javier Pérez de Cuéllar, dass die Bundesrepublik Deutschland nun künftig unter dem Namen „Deutschland“ agiert. (Deutschland = Deutsches Reich in den Grenzen vom 31.12.1937, gemäß der Definition der Alliierten, SHAEF-Gesetz Nr. 52 Art. VII. 9. e.)

Seither agiert (handelt) die Bundesrepublik Deutschland unter dem Staatenschlüssel „000“ im Namen Deutschlands, dem widersprechen wir mit folgender Begründung:

Durch den Eintrag der Bundesrepublik Deutschland bei der UN, unter dem Namen „Deutschland“, wurde Deutschland die völkerrechtliche Rolle im Gebietsstand des Vereinigten Wirtschaftsgebietes aufgezwungen, welches von der Bundesrepublik Deutschland verwaltet wird. Daher wurden somit die Grenzen festgelegt, wie im 2 + 4 Vertrag für Deutschland bestimmt, und somit der gesamten Welt als neue Gebietskörperschaft proklamiert.

Der 2 + 4 Vertrag ist bis zu seiner Ratifizierung jedoch schwebend unwirksam, da sich das vereinte Deutschland bisher noch nicht konstituieren konnte. Zu seiner Konstituierung fehlt Deutschland die im 2 + 4 Vertrag festgelegte Verfassung sowie die darauf basierende frei gewählte Regierung, die den 2 + 4 Vertrag deshalb noch

nicht ratifizieren konnte. Der noch nicht ratifizierte 2 + 4 Vertrag kann demnach nur eine Absichtserklärung sein und ist deshalb völkerrechtlich irrelevant.

Die Erfahrung mit der geltenden Jurisdiktion der Bundesrepublik Deutschland beweist jedoch die völkerrechtliche Umsetzung der Grenzen des 2 + 4 Vertrages, was sich nur mit einer versuchten völkerrechtlichen Übung erklären lässt.

Beispiele für jenen Juristischen Interventionismus sind:

1. Umbenennung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) am 01.01.2000 nach zehn Jahren Übung in Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), mit Einführung des Überleitungsparagrafen, § 40a StAG, aufgrund welchen man auf die Änderung des Artikel 116 Abs. (1) GG verzichten konnte, bezüglich der Nennung der 1937er Grenzen.
2. Somit erfolgte im Jahr 2000 die Streichung des Wortes „Reichsangehörigkeit“ mit der Bestätigung nach weiteren zehn Jahren, durch die Streichung des Wortes „Reichsangehörigkeit“ aus der Verordnung vom 05. Februar 1934, im Jahr 2010.
3. Die Abschaffung sämtlicher räumlicher Geltungsbereiche aller Deutschen Gesetze im Gebietsstand 31.12.1937, durch die Bundesbereinigungsgesetze aus den Jahren 2006, 2007 und 2010.
4. Die Änderung des Bundesbeamtengesetzes (BBG) aus dem Jahr 2009, unter Wegfall des Geltungsbereiches im Gebietsstand vom 31.12.1937 im § 185 BBG a. F.
5. Umbenennung des „Bundesgrenzschutzes“ im Jahr 2005 in „Bundespolizei“, aufgrund vermeintlich weggefallener Grenzen.
6. Spätestens seit 2015 erklärt sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ identisch, aber nicht als dessen Rechtsnachfolger, jedoch ohne die im Jahre 1973 vom BVerfG festgestellte teilidentische räumlichen Ausdehnung zu benennen. Demnach tritt die Bundesrepublik Deutschland, die nur die eingesetzte Treuhandverwaltung Deutschlands ist, nun selbst als Völkerrechtssubjekt auf.

Demzufolge war der Eintrag der Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen „Deutschland“ der Auslöser einer völkerrechtlichen Übung (*longa consuetudo*), welcher hiermit nach den §§ 119 - 121 BGB und den §§ 123, 124 BGB sowie dem § 242 BGB durch Anfechtung wegen Irrtum und Täuschung, innerhalb der im Jahre 1990 geltenden Frist von 30 Jahren widersprochen wird, gemäß den §§ 121 Abs. (2) und 124 Abs. (3) BGB.

Diese untreuen Handlungen sind gemäß § 5 VStGB unverjährbar und erfüllen nach § 7 Abs. (1) 4. VStGB den Straftatbestand der Gebietsvertreibung. Diese arglistische Täuschung, mit der Rechtsfolge einer Gebietsvertreibung aus dem Staatsgebiet Deutschland als Ganzes ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Handlungen verletzen das Völkerstrafgesetz sowie das Rom-Statut. Nach deutschem Recht werden die Straftatbestände, gemäß den §§ 263 StGB Betrug, 266 StGB Untreue und 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr berührt. Aufgrund dieser Straftatbestände, ist der am 03. Oktober 1990 veranlasste Eintrag „Deutschland“ in den Grenzen vom 2 + 4 Vertrag, bei der UN *ex tunc* zu annullieren, mit der Rechtsfolge, dass damit der Gebietsstand „Deutschland als Ganzes“, in den Grenzen vom 31.12.1937 wiederherzustellen ist. Somit sind seit dem 03. Oktober 1990

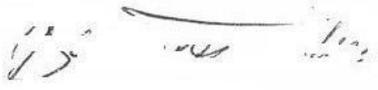
sämtliche Gesetze, Ordnungen und Verordnungen (jeweils gegeben zu Bonn) obsolet; speziell die Bundesbereinigungsgesetze sowie die Aufhebung aller Gesetze, die den Geltungsbereich der Grenzen vom 31.12.1937 tangieren, insbesondere sämtliche Änderungen des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Wir untersagen dem räumlich, teildentischen, derzeitigen Verwalter Deutschlands, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, hiermit als Völkerrechtssubjekt aufzutreten und als „Deutschland“ zu agieren.

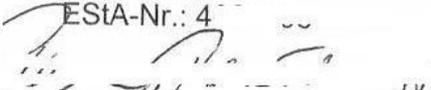
Um eine völkerrechtliche Verwechslung für alle Zeiten ausschließen zu können, hat sich die Bundesrepublik Deutschland als Verwalter unter ihrem originären Namen „Federal Republic of Germany“ bei der UN zu registrieren und sich somit als solcher der Staatengemeinschaft zu erkennen zu geben.

Die am 03. Oktober 1990 im Auftrag der Bundesregierung gestartete völkerrechtliche Übung fechten wir hiermit an, ausgeführt u. a. von Hans Dietrich-Genscher, mit der Rechtsfolge der Gebietsvertreibung, aufgrund von Täuschung im Rechtsverkehr, Untreue und Betrug. Dieser völkerrechtlichen Übung fehlt zudem die Überzeugung der deutschen Staatsangehörigen von der Rechtmäßigkeit (opinio iuris).

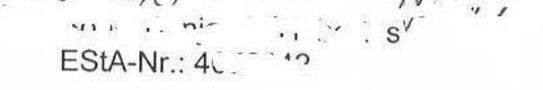
Hochachtungsvoll



EStA-Nr.:



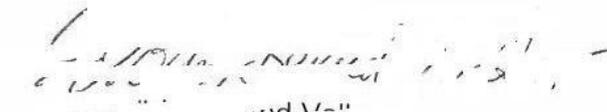
EStA-Nr.: 4



EStA-Nr.: 40



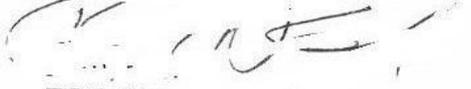
EStA-Nr.: 65



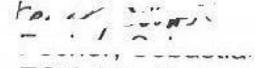
EStA-Nr.:



EStA-Nr.:



EStA-Nr.:



EStA-Nr.: 3

*EStA = Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

SENDEBERICHT

ZEIT : 27/02/2017 20:26
NAME :
FAX : 06184-9
TEL : 061849
S-NR. : J1J862922

DATUM/UHRZEIT	27/02 20:24
FAX-NR./NAME	0031705158336
U.-DAUER	00:01:29
SEITE(N)	03
UBERTR	OK
MODUS	STANDARD

Deutsche Post AG
63450 Hanau
82061353 28.02.17

6347
Labelfreimachung

1 Stück x 8,35 EUR
*8,35 EUR A,1

Bruttoumsatz *8,35 EUR
umsatzsteuerbefreit nach §4 UStG A
Nettoumsatz A *8,35 EUR

Im Namen und für Rechnung:
1 Deutsche Post AG

Steuernummer der Deutsche Post AG:
5205/5777/1510

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG



Einlieferungsbeleg / Quittung
Bitte Beleg gut aufbewahren

Deutsche Post AG
63450 Hanau
82061353 6348 28.02.2017 11:51

ICC Oude Waalsdorperweg 10 2597
Den Haag

Sendungsnummer: RR294451090DE
Empfangsland: NL

E Int RSch

Gesamtumsatz (Brutto) *0,00 EUR
Zahlbetrag: *0,00 EUR

Servicenummer International
0228 4333118
Mo-Fr: 8:00 - 18:00 Uhr

Internet www.deutschepost.de/briefstatus

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG



[E-Post](#)[Produkte](#)[Shop](#)[Menü](#)[SENDUNGSVERFOLGUNG](#)[Einzelabfrage](#)[Geschäftskunden](#)[Nachforschung International](#)[Anmelden](#)

Ergebnis:

Sendungsnummer	Status der Sendung	Weitere Bearbeitungsschritte
RR294451090DE	Die Sendung wurde am 02.03.2017 zugestellt.	<ul style="list-style-type: none">> Nachforschungsauftrag erteilen> Global Mail Observer

[> Fragen zum Sendungsstatus?](#)

[Neue Abfrage](#)